



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

in Deutschland wird wieder regiert! Kaum ist die SPD mit in der Verantwortung, wird sichtbar, dass wir gestalten. Die Zeiten, in denen nur moderiert und präsiert wird, sind vorbei. Besonders wohltuend empfinde ich dabei, dass es endlich wieder eine deutsche Außenpolitik gibt und Konflikte in der Welt nicht einfach schweigend hingenommen werden. Natürlich lösen wir nicht gleich alle Probleme und sicher werden nicht alle unsere Vorhaben in den ersten hundert Tagen begonnen. Aber in jedem unserer Ministerien wird mit Hochdruck daran gearbeitet, den Koalitionsvertrag umzusetzen. Viele von Ihnen/Euch haben die Entstehung dieser Koalition aktiv begleitet. Ich hoffe, dass wir bei der Umsetzung ebenso nah dran bleiben und die Diskussionen lebendig halten. Dieser Newsletter soll einen kleinen Beitrag dazu leisten.

Herzliche Grüße, Eure

EU-Freizügigkeit oder „Wer betrügt, der fliegt“?

Zur Zeit macht die CSU leider einmal wieder Stimmung gegen Zuwanderer – besonders gegen jene aus Bulgarien und Rumänien und suggeriert mit dem Slogan „Wer betrügt, der fliegt“, dass diese nur nach Deutschland kämen, um Sozialleistungen zu erhalten. Aber anders als in vielen Berichten dargestellt, erhält ein EU-Bürger nicht automatisch mit der Einreise nach Deutschland einen Anspruch auf Sozialleistungen. Vielmehr ist es so, dass dieser Anspruch erst dann entsteht, wenn er hier in Deutschland bereits gearbeitet hat. Erst dann hat er beispielsweise bei einer neuen Beschäftigung mit Dumpinglohn - wie ein deutscher Arbeitnehmer - das Recht, eine entsprechende Aufstockung zu beantragen.

Sehr wichtig ist es deshalb auch, dass soziale Ungerechtigkeiten durch ausbeuterische Unternehmen verhindert werden. Dagegen hilft beispielsweise ein flächendeckender Mindestlohn, klare Regelungen gegen Scheinselbstständigkeit und der Kampf gegen die Schwarzarbeit.

Die Freizügigkeit in der EU ist ein unverzichtbarer Bestandteil des europäischen Bürgerrechts, das nicht

einfach außer Kraft gesetzt werden kann. Allerdings bietet dieses von den EU-Staaten und dem Europaparlament beschlossene Recht natürlich auch die Möglichkeit, Missbrauch zu bekämpfen. Gäbe es also einen objektiven Missbrauch des Rechts auf Freizügigkeit, so könnten wir hier in Deutschland selbstverständlich dagegen angehen - auch ohne weitere rechtliche Verschärfungen.

Plakative Aussagen wie sie von Seiten der CSU kommen, sind daher in vollkommenem Fehl am Platz und schaden nur. Es gilt vielmehr sachlich und objektiv mit Zuwanderern aus der EU umzugehen und in diesem Sinne auch zu handeln.

Übrigens sind nach Aussagen von Experten die Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien hier in Deutschland besonders gut integriert und die Arbeitslosenquote für beide Nationalitäten lag Mitte 2013 unter dem Schnitt der Gesamtbevölkerung und deutlich unter dem anderer Migrantengruppen.



Für ein tolerantes und weltoffenes Baden-Württemberg

Ein Aufruf von baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten

Baden-Württemberg ist ein Land der Vielfalt auf dem Fundament der Grundrechte. In diesem Geiste vertreten wir als Abgeordnete unsere Wahlkreise und unser Bundesland im Deutschen Bundestag. Zu Toleranz und Weltoffenheit gehören für uns auch die Akzeptanz sexueller Vielfalt und selbstbestimmter Lebensentwürfe. Wir haben daher kein Verständnis für den Inhalt und Geist der Online-Petition "Zukunft-Verantwortung-Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens." Als Mitglieder des Deutschen Bundestages gehören wir verschiedenen Fraktionen an. In der Bildungspolitik vertreten wir teils gemeinsame, teils unterschiedliche Positionen. Doch parteiübergreifend sind wir der Ansicht, dass Erziehung zur Toleranz eine wichtige Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen ist. Dazu gehört für uns selbstverständlich auch der tolerante Umgang mit sexueller Vielfalt und unterschiedlichen Lebensentwürfen. Das hat nichts mit "pädagogischer, moralischer und ideologischer Umerziehung" zu tun, wie es in der Online-Petition heißt - sondern mit Menschenrechten und Demokratie.

Erstunterzeichner: Cem Özdemir (BÜNDNIS 90/GRÜNEN), Dr. Stefan Kaufmann (CDU/CSU), Ute Vogt (SPD)

Ute Vogt: Weißenhofsiedlung steht derzeit nicht zum Verkauf

„Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben BImA führt derzeit keine Verkaufsverhandlungen für die Immobilie“, lautet die vorerst beruhigende Nachricht in Bezug auf einen möglichen Verkauf der Weißenhofsiedlung. Nachdem es Anfang Dezember beunruhigende Hinweise gegeben hatte, dass der Bund erneut einen Verkauf der Weißenhofsiedlung plane, bat die Stuttgarter SPD-Abgeordnete Ute Vogt die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben um Klarstellung.

"Auch wenn ein möglicher Verkauf nicht vom Tisch ist, ist es gut, dass der Vorstandssprecher der BImA, Dr. Jürgen Gehb, klargestellt hat, dass es auf alle Fälle zuerst Gespräche mit der Stadt Stuttgart geben wird, bevor von Seiten der BImA etwas unternommen wird“, so Ute Vogt.



Von Seiten der BImA wird allerdings auch darauf verwiesen, dass sie den gesetzlichen Auftrag habe, die „für Bundeszwecke entbehrlichen Liegenschaften wirtschaftlich zu verwerten“. Von diesem Auftrag sei auch die Weißenhofsiedlung nicht ausgenommen. Ute Vogt möchte hingegen erreichen, dass der Bund die beispielhafte Wohnsiedlung aus den Zwanziger Jahren eben gerade nicht als 'entbehrlich' einstuft, sondern als Kulturerbe. Bestärkt sieht sich die Abgeordnete in

ihrer Haltung durch den Koalitionsvertrag. Darin steht: „Die mit Bundesbauten verbundene Vorbildfunktion nehmen wir wahr - insbesondere bei Baukultur“.

Eine weitere Befürchtung, nämlich dass die Hausverwaltung an externe Dienstleister vergeben werden könnte, was bereits vor zwei Jahren schon einmal im Raum stand, ist vom Tisch. Dies hat die BImA gegenüber der Abgeordneten klargestellt.

„Zum Schutze der Mieterinnen und Mieter und zum Erhalt der Denkmaleigenschaften ist das die beste Lösung“, freut sich Ute Vogt.

Für den Erhalt des Italienischen Kulturinstituts

Auch mich hat eine Bitte mit dem Link erreicht, die Petition zur Erhaltung des Italienischen Kulturinstituts e.V. zu unterstützen. Dieser Bitte bin ich sehr gerne nachgekommen und habe unterzeichnet.

Ein Teil des europäischen Zusammenwachsens ist den Kulturinstituten vieler Länder in den jeweils anderen Ländern zu verdanken. Derzeit kursieren leider viele anti-europäische Strömungen, was ich als große Gefahr ansehe. Diesen Quertreibern muss der Nährboden für solch undemokratisches Verhalten entzogen werden, wo es nur geht. Daher gilt: Der europäische Gedanke des friedlichen Miteinanders, des Austauschs und der Neugier muss weiterhin gestärkt werden! Nun hoffe ich, dass sich alles zum Besten wendet.

Das Rentenpaket der Großen Koalition

Mit dem geplanten Rentenpaket geht die Große Koalition ihr erstes großes Gesetzesvorhaben an. Es beinhaltet die vier Einheiten:

1.

Abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren

Wer lange gearbeitet hat, soll in Zukunft bereits mit 63 Jahren in Rente gehen können. Davon profitieren vor allem Menschen, die in körperlich harten Berufen oft bis zur Grenze ihrer gesundheitlichen Möglichkeiten gearbeitet haben. Neben den Pflichtbeitragszeiten aus Beschäftigung, selbstständiger Tätigkeit oder Pflege wollen wir selbstverständlich auch Zeiten der Erziehung von Kindern bis zum 10. Lebensjahr anrechnen. Um niemanden auszugrenzen, dessen Berufsleben aufgrund der Arbeitsmarktlage nicht ganz glatt verlaufen ist, sollen auch Zeiten des Bezugs von Lohnersatzleistungen wie Schlechtwettergeld, Kurzarbeitergeld, Leistungen bei Weiterbildung oder Insolvenzgeld berücksichtigt werden. Und natürlich sollen auch kurzzeitige Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit den Weg in die vorzeitige, abschlagsfreie Rente ebenfalls nicht verbauen.

2.

Ausgeweitete Anerkennung von Kindererziehungszeiten

Es wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Erziehung von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, stärker bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden soll. Damit soll die Leistung der Mütter honoriert werden, die Kinder erzogen haben, als es noch deutlich weniger Unterstützung gab als heute.

3.

Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente

Es gibt viele Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können und eine nur geringe Rente erhalten. Hier wollen wir die Anrechnungszeit so ausgestalten, als ob sie zwei Jahre länger gearbeitet hätten, wobei die letzten vier Jahre vor der Rente nicht wertmindernd wirken sollen, da hier oft

lange Zeiten der Krankheit verbunden mit Teilzeitarbeit das Durchschnittsgehalt stark abgesenkt haben.

4.

Erhöhung des Reha-Budgets

Wir wollen mit dem Rentenpaket auch die Ausgaben für Reha-Maßnahmen erhöhen, denn der Bedarf ist hier aufgrund des erfreulicherweise höheren Durchschnittsalters in der Bevölkerung deutlich gestiegen. Damit wollen wir eine hohe Lebensqualität auch im Alter gewährleisten.

Trotz dieser umfangreichen Maßnahmen soll der Rentenbeitragsatz stabil bleiben, was durch einen höheren Zuschuss aus dem Bundeshaushalt garantiert werden soll.

Dies alles bringt ein großes Stück mehr Generationengerechtigkeit für die Menschen, die Beitragszahler großgezogen und ausgebildet und den Grundstein für die gute wirtschaftliche Entwicklung heute gelegt haben.

Ein schöner Tag!

Alfred Motzer aus Stammheim feierte am 10. Januar seinen 90. Geburtstag. Zwei Tage später war der große Empfang für ihn!



Mein Team in Stuttgart:

Claudia Eichert und Dr. Matthias Schrupf

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Anne Martus und Sybille Thomas

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

